des Ausschusses. Ein Verdienst an dem Scheitern des Versuches, durch Wehrlosmachung des Vaterlandes parteipolitische Sonderbestrebungen zu fördern, müssen wir der Reichsregierung zuschreiben, die den Machtgelüsten der Sozialdemokratie gegenüber eine entschieden ablehnende Stellung einnahm.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Aus Berlin wird von gestern gemeldet: Bei allen der Wumba (Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt) unterstellten Betrieben der Rüstungsindustrie ist die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen worden, ebenso melden alle anderen großen Betriebe und Werkstätten, daß ihre Arbeiterschaft heute (Dienstag) morgen vollzählig erschienen ist. Zu irgend welchen Ruhestörungen ist es nirgends gekommen.

Wiedererscheinen der Berliner Zeitungen.

Die wegen Veröffentlichung eines der Zensur nicht eingereichten Berichts über die Verhandlung des außerordentlichen Kriegsgerichts gegen den Abgeordneten Dittmann verbotenen sieben Berliner Zeitungen sind gestern abend wieder erschienen; ebenso das aus anderem Anlaß verboten gewesene „Berliner Tageblatt".

Die Ausstände in Dresden beendet.

Die Ausstandsbewegung in Dresden und Umgebung war nur von geringer Bedeutung und kann nunmehr als beendet bezeichnet werden. In der Gußstahlfabrik, im Stahlwerk Pirna, in der Fabrik von Rockstroh u. Schneider in Heidenau und bei der Firma Bierling u. Co. in Mügeln haben die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit wieder aufgenommen. In den Dresdner Munitionswerkstätten ist überhaupt nicht gestreikt worden.

Die Ausstände im Sächsischen Landtag.

Die unabhängige sozialdemokratische Landtagsfraktion hat, wie die „Leipziger Volkszeitung" meldet, in der Zweiten Ständekammer folgende Interpellation eingebracht: Ist der Regierung bekannt, daß, wie im Reiche, so auch in Sachsen zahlreiche Demonstrationsstreiks für den Frieden sowie für andere politische Forderungen und für bessere Regelung der Ernährungsfrage stattfanden? Kennt die Regierung die einzelnen Forderungen der Streikenden und ist sie gewillt, im Sinne dieser Forderungen zu wirken? Billigt die Regierung das Vorgehen der Generalkommandos gegen die Streikenden?

Wir halten diese Interpellation für ziemlich überflüssig.

* * *

Ausstandsbewegung in Holland.

Der Aufforderung der revolutionären Sozialisten zum Massenausstand als Einspruch gegen unzureichende Lebensmittelverteilung sind in Amsterdam nur 8000 Arbeiter gefolgt, meist Bauarbeiter.

Der Kampf um die Rohstoffe.

Aeußerungen eines englischen Staatsmannes.

Der bekannte frühere englische Minister Carson sagte bei einem Frühstück der britischen Produzentenorganisation u. a.: Die Zeiten sind nicht nur ernst, sondern kritisch. Aber nicht nur für uns, sondern auch für unsere Feinde. Die Frage ist jetzt, wer von beiden aushält. Wir alle wollen den Frieden, doch ist ein großer Unterschied zwischen einem wirklichen und einem Flickwerkfrieden. Wenn ich auch dafür bin, keine Gelegenheit zu versäumen, um den Krieg zu einem erfolgreichen, ehrenhaften Ende zu bringen, so sehe ich in den kürzlich in Deutschland und Oesterreich-Ungarn gehaltenen Reden keine Annäherung seitens unserer Feinde. Die Aufgaben nach dem Kriege bezeichnet Carson als ungeheuer. Die Frage wird sein, wer die Rohstoffe besitzen wird. England und seine Bundesgenossen müßten unbedingt in diesem Wirtschaftskampfe Sieger werden. Deutscherseits sei zugegeben worden, daß die Kontrolle über die Baumwolle durch die Alliierten die deutsche Textilindustrie zugrunde richten könnte. Es dürfte auch nicht der Metallhandel wieder in deutsche Hände kommen, damit die Deutschen nicht wieder Kanonen und Bomben gegen England anfertigen könnten.

Nun, die Dinge kommen gewöhnlich anders als man denkt und so wird ihr Verlauf wohl auch Herrn Carson noch manche Enttäuschung bringen.

Eine „ausgleichende Regelung."

Der frühere englische Kriegsminister und ehemalige Freund des deutschen Kaisers, Lord Haldane, sprach in Glasgow über die Zukunft der Nationen anläßlich der „eindrucksvollen Reden Czernins und Hertlings." Solche Reden machen deutlich, daß man sich in einem neuen Abschnitt der Friedensgespräche befinde. Es sei klar, daß sowohl Deutschland wie Oesterreich-Ungarn den Frieden wünschten. England behandle die Frage am besten als rein geschäftliche Angelegenheit. Erfahrungsgemäß wäre das geeignetste Mittel dazu eine Konferenz. Haldane legte dann viel Wert darauf, daß die großen sozialen Reformen, die nach dem Kriege kommen müßten, nur in der Voraussetzung eines dauernden und standfesten Friedens möglich sein würden, der die Unbeständigkeit und Bedrohlichkeit der politischen Lage, die zu dem jetzigen Kriege geführt haben, aufhebe. Das Ziel sei Abschaffung des Militarismus. Um dies Ziel zu erreichen, müsse man noch einige Monate aufs schärfste Krieg führen, denn danach werde England aus dem einfachen Grunde der Sieg zufallen, weil es während dieser Monate keine Niederlage erlitten habe. (??) Wenn ein verträgliches Deutschland und ein freundnachbarliches Verhältnis zu ihm, dann dürfe dieses Deutschland nicht im Gefühl eines brennenden Unrechts leben, das ihm bei Friedensschluß angetan sei. Deutschland müsse natürlich unrechtmäßig besetztes Gebiet herausgeben, auch Entschädigung für getanes Unrecht leisten, vielleicht eine große Entschädigung. Aber überall sei eine ausgleichende Regelung erforderlich auf Grundlage der Gerechtigkeit.

Ein englisches Friedensministerium.

Das einflußreiche Londoner Blatt „Daily News" brachte am Sonntag einen Leitartikel, worin der Rücktritt des Ministeriums Lloyd George und Bildung einer neuen Regierung verlangt wird. Das Blatt erklärte das jetzige Ministerium außerstande, den Frieden zu bringen, weil es nicht demokratisch sei. Was England fordern müsse, sei ein reines Arbeiterministerium, das aus radikalsten englischen Arbeiterführern und Friedensfreunden zusammengesetzt sei. Der Artikel erregt das größte Aufsehen.

Schweden und Finnland.

Ein Eingreifen Schwedens.

Die schwedische Presse beschäftigt sich gegenwärtig sehr lebhaft mit der Frage, inwieweit Schweden eingreifen solle, um den Sieg der Anarchie in Finnland zu verhindern. Nachdem die schwedische Regierung erklärt hat, daß sie ein bewaffnetes Eingreifen für unmöglich hält, befürworten die Blätter der Rechten die Bildung eines Freiwilligenkorps und die Einfuhr von Waffen, um die für Ordnung eintretenden Kreise in Finnland zu unterstützen. „Stockholms Dagblad" erfährt jedoch, daß die Regierung gegen die Einfuhr von Waffen, sogar gegen Waffendurchfuhr sei. Das genannte Blatt, wie auch „Nya Dagligt Allehanda" und „Svenska Dagbladet" wenden sich energisch gegen diese Auffassung von Neutralität. Auch „Stockholms Tidningen" erklärt: Wenn die Regierung ein bewaffnetes Eingreifen nicht wünscht, so müsse sie doch andere Möglichkeiten ernst in Erwägung ziehen, denn nicht bloß Finnlands, sondern auch Schwedens wegen habe man allen Grund, nicht ganz untätig zuzusehen, wie in einem Nachbarland die gesetzlich begründete Demokratie gestürzt und das Land ins Unglück gebracht werde. „Politiken", das Organ der schwedischen Jungsozialisten, fordert die Arbeiter auf, für den Fall, daß die Bürgerlichen in Finnland durch schwedische Freiwillige unterstützt werden, ihrerseits der roten Garde zu helfen.

Die finnischen Regimenter nähern sich Helsingfors.

Die Londoner „Morning Post" meldet aus Helsingfors: Die Bolschewiki treffen Maßnahmen zur Verteidigung der Hauptstadt gegen die näherrückenden finnischen Regimenter. Man erwartet schwere Kämpfe um den Besitz der Hauptstadt. Die Konsulate treffen Maßnahmen zum Schutze der gefährdeten Staatsangehörigen.

Die Russen räumen die Alandsinseln?

„Nationaltidende" meldet aus Stockholm: Aus Aabo eingetroffene Reisende bestätigen die Meldung, daß die Russen Aaland räumen. Augenblicklich sind noch 2000 russische Soldaten auf den Inseln, die sich aber ebenfalls zur Abreise rüsten.

Ein Pariser Hochverratsprozeß.

Bolo Pascha des Verkehrs mit Deutschland beschuldigt.

In Paris begann am Montag vor dem dritten Senat des Kriegsgerichtes der Prozeß gegen Bolo Pascha, welcher vor Gericht gestellt worden ist unter der Beschuldigung, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dessen Unternehmungen zu fördern.

1. In der Schweiz in der Person des Khediven von Aegypten Abbas Hilmi und Jussuf Pascha; 2. in Paris, indem er von Cavallini eine Geldsumme annahm, die von Deutschland an den Khedive geschickt worden war, um eine friedensfreundliche Bewegung hervorzurufen; 3. in den Vereinigten Staaten, indem er sich durch Deutschland eine bestimmte Summe zustellen ließ zu dem Zweck, eine Wendung der öffentlichen Meinung in der französischen Presse herbeizuführen; 4. in Paris, indem er Geld an die Presse, besonders an den Direktor des „Journals" zahlte.

Cavallini wird beschuldigt, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dem Feinde Vorschub zu leisten, indem er Bolo Pascha eine Geldsumme übermittelte und versuchte, die Ansichten des Pariser „Figaro" mit Summen, die von Deutschland stammten, zu kaufen. Prochere wird der Teilnahme an verschiedenen der oben genannten Straftaten beschuldigt.

Die Verteidigung beantragte, als Zeugen zu laden: Saddik Pascha, Abbas-Hilmi Pascha, den Grafen Romanones (spanischer Minister) und den Amerikaner Hearst. Der Regierungskommissar Mornet erwidert, die an diese Zeugen abgesandten Telegramme seien unbeantwortet geblieben. Das Gericht verwarf daher die von der Verteidigung beantragte Vertagung des Prozesses. Darauf verlas der Gerichtsschreiber die Anklageschrift, welche u. a. besagt, daß der frühere deutsche Staatssekretär v. Jagow die erforderlichen Geldmittel geliefert habe. Nach der Marneschlacht habe Deutschland erkannt, daß der brutale Angriff nicht zum Ziele führen würde. Es habe daher eine Annäherung an Frankreich gewünscht, um sich umzuwenden und England zu besiegen. Es habe daher die öffentliche Meinung in Frankreich für einen Sonderfrieden vorbereiten müssen. Der Feind habe sich entschlossen, große Geldopfer zu bringen. Deutschland wollte auf Parlament und Presse in Frankreich Einfluß ausüben durch pessimistische Nachrichten, die in geschickter Weise durch im Solde Deutschlands stehende Agenten verbreitet werden sollten, um Verwirrung anzustiften und den vaterländischen Einklang in Paris zu stören.

Bolo Pascha, der als Millionär bezeichnet wird, sitzt bekanntlich schon einige Monate in Untersuchungshaft. Auch der gleichfalls verhaftete Caillaux wird beschuldigt, zu Bolo Pascha Beziehungen unterhalten zu haben.

Enthüllungen Painleves.

Der frühere französische Ministerpräsident und Kriegsminister Painleve, gegen den jetzt, wie wir gestern mitteilten, eine Hetze ins Werk gesetzt werden soll, weil er die französische Frühjahrsoffensive 1917 vorzeitig abgebrochen haben soll, erklärte, daß er, wenn bei den bevorstehenden Kammerinterpellationen die Frühjahrsoffensive 1917 neuerlich zur Sprache kommen sollte, sich genötigt sehen könnte, zur Deckung seiner Verantwortlichkeit den ganzen Sachverhalt klarzustellen. Ein Freund Painleves erklärte, die Einstellung der Aprioffensive im Vorjahre durch Nivelle sei erfolgt, da bereits am 16. April 1917, 9 Uhr vormittags, festgestanden habe, daß die Durchbruchsoffensive erfolglos verlaufen sei und keine Aussicht auf erfolgreiche Wiederaufnahme bestanden habe. Nivelle habe am 17. April, 12 Uhr vormittags, den Befehl erteilt, die Offensive auf der gesamten Front einzustellen. Die folgenden Offensivhandlungen Anfang Mai seien nur noch örtliche Unternehmungen gewesen. Die Regierung (also Painleve) habe sich in keiner Weise in die Führung der Operationen gemischt, sondern diese vollkommen dem Oberkommando überlassen.

Ein Jahr U-Boot-Krieg.

Die tiefgehenden Wirkungen auf die Westmächte.

Die wirtschaftliche Lage unserer westeuropäischen Gegner hat sich gegen Ende des Jahres auf allen Gebieten merklich verschärft. Die Ernährungsfrage ist infolge der durch den Schiffsraummangel verursachten steigenden Knappheit der Zufuhren einerseits und der Mißernten in Argentinien, der schlechten Ernten der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs, der allgemein herrschenden Futtermittelnot, die eine erhebliche Verminderung der Viehbestände bereits zur Folge gehabt hat, und des Versagens eingeleiteter Abwehrmaßnahmen kritisch geworden.

Die Knappheit an Schiffsraum hat eine wesentliche Umstellung eines großen Teils der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung der Westmächte notwendig gemacht. Zufuhren aus den europäischen Erzeugungsgebieten sind nur noch in stark vermindertem Umfange möglich. Die Randländer des atlantischen Ozeans und des Mittelmeeres müssen in der Hauptsache den Bedarf bestreiten. Die Vereinigten Staaten sind Hauptzufuhrland sowohl im Rohstoff- wie im Verpflegungsverkehr geworden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß sie infolge des durch die eigenen Rüstungen und den Schiffbau eingetretenen stark vermehrten Selbstbedarfs und wegen Mangels an genügender Zufuhr ihre Ausfuhr nach Westeuropa stark einschränken gezwungen sind. Zur Auffüllung der Bestände in Amerika und den Mittelmeerländern, besonders Aegypten, versucht man aus den europäischen Gegenden die sich dort anhäufenden Erzeugnisse mit dem schon jetzt ungenügenden Schiffsraum heranzuschaffen.

In England haben die ergriffenen Abwehrmaßnahmen großen Stiles: die Einfuhr- und Verbrauchsbeschränkungen, die Vergrößerung der Getreideanbaufläche, die Regierungsaufsicht über Schiffahrt, Schiffbau und andere wichtige Betriebe, die Nahrungsmittel- und Rohstoffbeschlagnahme und die Versuche einer Nahrungsmittelrationierung einerseits nicht den gewünschten Erfolg gehabt, andererseits starke Verstimmung hervorgerufen. Herbe, öffentlich geäußerte Kritiken lassen z. T. auf ein Versagen der Maßnahmen schließen, besonders gilt das für die Nahrungsmittelverbrauchsbeschränkung, die Vergrößerung der Getreideanbaufläche, den Schiffbau und die Lebensmittelrationierung. Zur Preissteigerung der Waren ist Knappheit und sogar Not getreten. Besonders fehlt es in der Fleisch- und Fettversorgung. Rohstoffknappheit hat zu Einstellungen von Industriebetrieben gezwungen. Dazu kommt jetzt die Notwendigkeit, Arbeitskräfte zur Auffüllung des Heeres sogar aus der Kriegsindustrie herauszuziehen. In den Arbeiterkreisen herrscht wachsende Unruhe. Der Ausfall an Arbeitstagen durch Streiks hat sich von Januar auf November 1917 verzehnfacht. Amtliche Aeußerungen und öffentliche Meinungen zeigen starke Besorgnis über die Möglichkeit ausreichender Versorgung, besonders mit Lebensmitteln. Das englische Reedergeschäft ist so gut wie vernichtet, die englische Flagge aus ganzen Weltgebieten z. B. Ostasien, aus dem mexikanischen Golf, aus dem Verkehr von Brasilien nach den Vereinigten Staaten und aus einer großen Zahl anderer Fahrten fast verschwunden.

In Frankreich herrscht Mangel vor allem an Brotgetreide, Futtermitteln, Kohle und neuerdings auch an Metallen. Dabei heißt es, daß Frankreich noch Italien aushelfen müsse. Die Stimmung der unteren Bevölkerung ist gedrückt.

Die Lage Italiens ist noch bedenklicher. Kohlen- und Rohstoffmangel machen sich im Verkehrswesen und in der Rüstungsindustrie empfindlich fühlbar. Die Kohlenknappheit wird als katastrophal bezeichnet. Mißstimmung und Friedenssehnsucht unter der Bevölkerung sind in starkem Wachsen.

Aus den Vereinigten Staaten kommen neuerdings übereinstimmende Nachrichten, daß auf einigen Versorgungsgebieten sowohl in Lebensmitteln wie in Rohstoffen Knappheit herrscht. In Verbindung mit ihrer führenden wirtschaftlichen Stellung im Verbande unserer Feinde gewinnt dieser Umstand besondere Bedeutung. Die Verkehrsorganisationen, besonders die Eisenbahnen, sind den erheblich gesteigerten Anforderungen nicht gewachsen. Schwerste Störungen sind bereits eingetreten. Der starke Eigenverbrauch für militärische Rüstungen hat zunächst die Ausfuhr nach Westeuropa merklich sinken lassen. Weitere Versorgungsquellen in Europa sind für die Westmächte nicht vorhanden, da überall Schiffsraummangel und Knappheit herrschen und sich alle Staaten auf die Selbstversorgung einstellen.

Der U-Bootskrieg ist eine fast ausschließlich der Bekämpfung unserer westlichen Gegner dienende Waffe. Seine Bedeutung wächst in dem Augenblick, in dem der Verlauf des Krieges die Entscheidung ganz der Westfront zuweist. Er wirkt in seiner Art durch die eigenen Erfolge entscheidend neben dem Landkriege.

Jede Tonne versenkten Schiffsraumes wird in ihrer Bedeutung als Transportraum mit der Zeit um ein Vielfaches ihres Einzelbetrages wichtiger. Je weiter wir uns der Entscheidung nähern, umso größer wird seine Berechtigung, umso zwingender die Notwendigkeit, ihn zu führen.